

Katharina Mader

Gender Budgeting. Geschlechtergerechte Gestaltung von Wirtschaftspolitik

**Verteilungs-,
Steuerungs-
und Kontroll-
instrumente**

Die grundlegende Idee von Gender Budgeting ist die Verankerung von Gleichstellungspolitik „als zentraler Bestandteil der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“¹. Das Budget ist Ausdruck bestimmter wirtschaftspolitischer Zielsetzungen, die verfolgt werden sollen. Es ist ein Ordnungsmittel, das der Realisierung einer bestimmten Wirtschaftspolitik dient. Budgets erweisen sich damit als zentrale wirtschaftspolitische Instrumente der Verteilung, Steuerung und Kontrolle. Durch die Handhabung von Budgets, also durch die Festlegung von Höhe und Art, können →Allokations-, Distributions- und Stabilisierungsziele erfüllt sowie gesellschaftliche Macht- und Eigentumsverhältnisse verändert oder verfestigt werden.

**In Österreich
seit 2009**

Bis heute haben sich Schätzungen zufolge seit der ersten Gender-Budgeting-Initiative in Australien im Jahr 1984 weit über 60 Initiativen in allen Teilen der Welt entwickelt. In Österreich wurde Gender Budgeting mit dem 1. Jänner 2009 in der Bundesverfassung verankert: Artikel 13 (3) B-VG besagt, dass Bund, Länder und Gemeinden „bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben“ haben.

Was ist Gender Budgeting?

**Budgets aus
Geschlechter-
perspektive**

Gender Budgeting² bedeutet die Berücksichtigung der Geschlechterperspektive bei der Gestaltung öffentlicher Budgets. Das heißt, dass die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern in budgetpolitische Entscheidungen integriert werden müssen. Grundlegendes Ziel ist es, öffentliche Gelder im Sinne einer Förderung von Gleichstellung einzusetzen. Hierbei geht es nicht um die Erstellung separater Budgets für Frauen, sondern um die Erweiterung traditioneller Budgetgestaltung um die Geschlechterperspektive.

Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass öffentliche Ausgaben und Einnahmen einen großen Einfluss auf das Leben von Frauen und Männern und deren Verhältnis zueinander ausüben. Formal gesehen sind Budgets zwar nur Gegenüberstellungen von Einnahmen und Ausgaben. Die Ausgestaltung und Wirkung dieser Einnahmen und Ausgaben ist jedoch nicht (Geschlechts-)neutral.

**Resultat
politischer
Ent-
scheidungen**

Das Budget ist Resultat politischer Entscheidungen darüber, wie bzw. von wem Einnahmen erhoben und für welche Zwecke, also für wen, Ausgaben getätigt werden. Budgets spiegeln daher die gesellschaftlichen Prioritäten eines Staates ebenso wie Geschlechterverhältnisse wider und wirken infolge der unterschiedlichen Positionen von Frauen und Männern als Arbeitskräfte, im Haushalt, in der Familie und in der Gesellschaft unterschiedlich auf Frauen und Männer.

WAS BEDEUTET GENDER?

ARBEITSWISSEN

Gender wird als das soziale Geschlecht im Unterscheid zum biologischen Geschlecht („Sex“) verstanden. Das soziale Geschlecht ist dabei ein kulturelles, historisches, gesellschaftliches und ideologisches Konstrukt und ein durch geschlechtsspezifische Zuweisungen erworbener Status. Dabei gibt es kein allgemein gültiges Verständnis von Gender, der Begriff zeichnet sich vielmehr durch seine Interpretationsvielfalt aus. Dementsprechend finden sich auch unterschiedliche Übersetzungsvariationen wie zum Beispiel „Geschlechterverhältnis“, „symbolisches Geschlecht“ oder „Geschlechtsidentität“. Einig sind sich die TheoretikerInnen jedoch, dass Gender kein Substitut für „Frauen“ ist. Vielmehr werden mit Gender Erwartungen, Eigenschaften, Rollenbilder, Handlungsmuster beschrieben, die Frauen und Männern aufgrund von gesellschaftlichen Prozessen zugeschrieben werden.

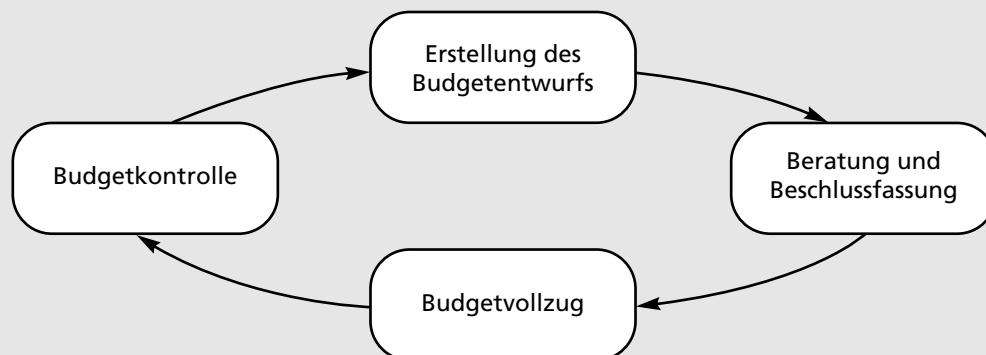
Quellen: Frey, Regina: Gender im Mainstreaming. Geschlechtertheorie und -praxis im internationalen Diskurs. Königstein/Taunus 2003, S. 26ff.; Benería, Lourdes: Gender, Development and Globalization. Economics as if All People Mattered. London–New York 2003, S. 40; Mader, Katharina: Gender Budgeting: Ein emanzipatorisches, finanzpolitisches und demokratiepolitisches Instrument. Theoretische Fundierung und Exemplifizierung am Wiener Budgetprozess. Frankfurt/M.–Wien 2009, S. 17.

Gender Budgeting zielt darauf ab, die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Budgets zu eruieren um eine geschlechtergerechte Budgetpolitik, also eine Revision öffentlicher Budgets hin zu einer Orientierung an Geschlechtergleichstellung, zu erwirken. Dafür beinhaltet Gender Budgeting eine geschlechtsspezifische Analyse, Bewertung und letztlich Revision von Budgets und soll alle Stufen des Budgetprozesses umfassen.

Ziel geschlechtergerechte Budgetpolitik

DER BUDGETPROZESS

ARBEITSWISSEN



- ▶ Die Erstellung des Budgetentwurfs erfolgt durch den/die FinanzministerIn, ihr vorgelagert sind Vorgaben und Regelungen auf EU-Ebene und die nationale politische Klärung strategischer Zielsetzungen ebenso wie strategische Planungsphasen, in die alle föderalen Ebenen (in Österreich also Bund, Länder und Gemeinden) eingebunden werden.
- ▶ Der erstellte Entwurf des Voranschlags wird zur Behandlung, Beratung und Verabschiedung im Parlament eingebracht, womit das Budget zu einem öffentlichen Dokument wird.
- ▶ Das vom Parlament (Legislative) beschlossene Budget kann nun von der Regierung bzw. Verwaltung beim Vollzug ihrer Aufgaben eingesetzt werden. Die Verwaltung hat die Aufgabe, das im Budget zum Ausdruck kommende Regierungsprogramm durchzuführen.
- ▶ Das Budgetergebnis eines Finanzjahres wird zunächst als vorläufiger Gebarungserfolg der Öffentlichkeit präsentiert und anschließend einer umfangreichen Budgetkontrolle unterzogen. Diese Kontrolle erfolgt auf drei Ebenen: Budgetbegleitend wird eine verwaltungsinterne Kontrolle schon während des Vollzugs im Finanzministerium durchgeführt. Die fachliche Kontrolle nimmt der Rechnungshof vor. Abschließend erfolgt die politische Kontrolle durch das Parlament, der Budgetkreislauf schließt mit der Entlastung der Regierung durch das Parlament.

Quelle: Mader, Katharina: Gender Budgeting: Ein emanzipatorisches, finanzpolitisches und demokratiepolitisches Instrument. Theoretische Fundierung und Exemplifizierung am Wiener Budgetprozess. Frankfurt/M.–Wien 2009, S. 144ff.

Auswirkungen Die Schlüsselfrage von Gender Budgeting ist: Welche Auswirkung haben budgetpolitische Größen und Maßnahmen auf die Gleichstellung der Geschlechter? Reduzieren sie Geschlechterungleichheiten, vergrößern sie sie oder lassen sie sie unverändert?³

Was will Gender Budgeting erreichen?

3 Hauptzielsetzungen Gender-Budgeting-Initiativen zielen darauf ab,
1. Aufmerksamkeit auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen und Effekte von Budgets zu lenken, Bewusstsein für die geschlechtsspezifischen Wirkungsweisen öffentlicher Ausgaben und Einnahmen zu schaffen und die Kategorie Gender in den Mainstream aller Politiken zu bringen,
2. Regierungen rechenschaftspflichtig gegenüber ihren Gleichstellungsversprechungen zu machen,
3. durch Änderungen von Budgets und Politiken geschlechtsspezifische sozioökonomische Ungleichheiten zu reduzieren und Gleichstellung zu fördern.
Letztlich soll Gleichstellungspolitik als zentraler Bestandteil verankert und die zumeist als sozialpolitisches Randthema angesehene Frauenpolitik ins Zentrum gerückt werden.⁴

Transparente partizipative Budgeterstellung Gender-Budgeting-Initiativen machen sich dementsprechend folgende Veränderungen zum Ziel: Zunächst geht es in einer geschlechtsspezifischen Analyse darum, die Prioritäten von Budgets sichtbar zu machen. Im Zuge dessen soll der Prozess der Budgeterstellung transparent und partizipativ gestaltet werden. Dies benötigt eine Sensibilisierung für die geschlechtlichen Auswirkungen von budget- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Regierung, in der Verwaltung und in der Öffentlichkeit. Eine weitere Veränderung ist die Forderung weg von der sogenannten Expertokratie hin zu mehr Demokratie im Budgetprozess.

Inhaltliche Gestaltung Für Gender Budgeting sind daher folgende zwei Aspekte wesentlich: zum einen die inhaltliche Gestaltung von Budgets beziehungsweise die inhaltlichen Forderungen an die Budgetpolitik mit dem Ziel Gleichstellung von Frauen und Männern. Und zum anderen auf Ebene des Budgetprozesses die Erreichung eines transparenten sowie partizipativen Prozesses der Budgeterstellung, also dass Möglichkeiten geschaffen werden, auf Budgetprioritäten Einfluss zu nehmen.⁵

Budgets betreffen Menschen individuell Der Schwerpunkt liegt darauf, hinsichtlich der strukturellen Zusammensetzung öffentlicher Einnahmen und Ausgaben die Prioritätensetzung zu verändern. Gender Budgeting will die implizite Annahme durchbrechen, dass öffentliche Haushalte alle Bürgerinnen und Bürger in gleicher Art und Weise betreffen und daher die Bedürfnisse oder den Bedarf einer Durchschnittsperson befriedigen.⁶

Es geht nicht darum, dass die gleichen Summen an Geld für Frauen und für Männer ausgegeben werden, sondern darum, die Ausgaben anhand der Bedürfnisse von Frauen und Männern zu bemessen, und darum, dass Regierungen ihre Geschlechtergleichstellungspolitiken an die notwendigen finanziellen Mittel für deren Implementierung koppeln.⁷

Ziel mehr Geschlechtergerechtigkeit Für eine Gender-Budgeting-Initiative sind folgende Eckpunkte charakteristisch: Die Grundlage bildet eine möglichst umfassende Analyse des Budgets mit Blick auf die Wechselwirkungen zwischen Politikbereichen, daher sollte eine partielle Analyse eines kleinen Bereichs noch nicht als Gender Budgeting bezeichnet werden. Zentraler Bestandteil des Gender Budgetings ist, dass die Analyse zu Veränderungen der Politiken hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit führen muss. Die Ergebnisse einer Budgetanalyse zeigen hierbei tiefer liegende Ungleichheiten bei der Verteilung und dem Zugang zu Ressourcen auf.

Diese müssen schrittweise aufgedeckt werden. Die Regierung soll zudem regelmäßig Rechenschaft über die Veränderungen hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit ablegen, da die Nachvollziehbarkeit von politischen Veränderungen im Zusammenhang mit demokratischer Verantwortlichkeit von großer Bedeutung ist.⁸

WARUM BEIM BUDGET ANSETZEN?

ARBEITSWISSEN

Die Wirtschaftspolitik und als ihr Teilbereich das Budget sind Kernelemente staatlichen Handelns. Traditionell werden diese als dem Staat vorbehaltene Aktivitäten verstanden und deshalb von weitgehenden Einflussnahme- und Mitwirkungsmöglichkeiten durch Bürgerinnen und Bürger abgeschirmt. Dies basiert auf zwei Annahmen: Zum einen wird Wirtschaftspolitik als ein neutrales Instrument ohne jegliche soziale und geschlechtsspezifisch unterschiedliche Auswirkungen dargestellt und zum anderen wird sie zumeist als diffizile technische Angelegenheit wahrgenommen, die besser den „ExpertInnen“ überlassen werden soll. Gerade die Unterstreichung des Technischen birgt aber eine Tarnung der sozialen Inhalte von Budgets und lässt sie kontextlos erscheinen. Dabei stellt das Budget die finanzielle Grundlage dar, auf der sich das Regierungshandeln aufbaut, und ist das finanzielle Abbild des jeweiligen politischen Programms.

Alle Aktivitäten des Staates, die mit Geldflüssen verbunden sind, finden ihren Ausdruck im Budget. Dementsprechend erfüllt das Budget eine gesellschaftspolitische Lenkungs- und Verteilungsfunktion, Budgetpolitik ist in Zahlen gegossene Gesellschaftspolitik. Neben der bestehenden und auszubauenen Frauenpolitik bedarf es daher zur Veränderung der weitgehend strukturell verankerten Geschlechterverhältnisse einer Analyse und Umverteilung der Ressourcen- und Machtverteilung in allen politischen Bereichen. Denn auch Politikbereiche wie Wirtschafts-, Verkehrspolitik oder Innere Sicherheit haben unmittelbare und mittelbare Auswirkungen auf die Ungleichheit der Geschlechter.

Quellen: Mader, Katharina: Gender Budgeting: Ein emanzipatorisches, finanzpolitisches und demokratiepolitisches Instrument. Theoretische Fundierung und Exemplifizierung am Wiener Budgetprozess. Frankfurt/M.–Wien 2009, S. 36; BEIGEWUM: Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Wien 2002, S. 12; Bergmann, Nadja/Gubitzer, Luise/Klatzer, Elisabeth/Klawatsch-Treitl, Eva/Neumayr, Michaela: Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung. Wien 2004, S. 7.

Gender Budgeting in Österreich

Schon im Jahr 1928 hat die österreichische Abgeordnete Gabriele Proft im Nationalrat darauf aufmerksam gemacht, wie viele der gesellschaftlich notwendigen Arbeiten von Frauen erledigt werden und wie wenig ihnen dafür aus den Budgetmitteln zugute kommt. Damals verhallte Profts Appell weitgehend ungehört, die unterschiedliche Wirkung von vermeintlich geschlechtsneutralen Budgets auf die Geschlechter blieb bis vor Kurzem unbeachtet.

Erst Ende der 1990er-Jahre gab es auf zivilgesellschaftlicher Ebene eine erste eingehende Beschäftigung mit dem Thema. Im Umfeld des Beirats für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) wurde im Jahr 2000 ein Arbeitskreis zum Thema Budget und Frauen initiiert. Ziel dieses Arbeitskreises war es, „Gender Budgeting in Österreich bekannt zu machen, das Thema in die österreichische politische Debatte einzubringen und die Regierung an ihre Verpflichtungen in diesem Zusammenhang zu erinnern“⁹. Die aus diesem Arbeitskreis hervorgegangenen Publikationen sowie dessen Lobbying-Arbeit für Gender Budgeting haben in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass zunehmend öffentliche Aktivitäten wahrnehmbar sind. So haben sich auch österreichische Regierungen auf Gemeinde-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene des Themas angenommen:

**Erste Ansätze
1928**

**2000:
Arbeitskreis
zum Thema**

2004: Empfehlung des Ministerrats Auf Bundesebene wurde in einem →Ministerratsvortrag vom 9. März 2004 Gender Budgeting zur Analyse von budgetären Maßnahmen hinsichtlich deren Auswirkungen auf Frauen und Männer empfohlen. Infolgedessen entwickelten sich einige Aktivitäten, vor allem Pilotstudien und -projekte in den einzelnen Ministerien. Ab 2005 sollten Gender-Wirkungen zumindest für ein Beispiel pro Ressort analysiert werden. Dafür wurde seit dem Voranschlag 2005 ein eigener Abschnitt „Genderaspekte des Budgets“ in den Erläuterungen des Arbeitsbehelfs zum Bundesfinanzgesetz vorgesehen.

Seit 2009 Pilotprojekte verpflichtend Mit der 2007 beschlossenen Verfassungsnovelle ist seit 1. Jänner 2009 jedes Bundesministerium aufgefordert, zumindest ein Gender-Budgeting-Pilotprojekt durchzuführen. Im Kapitel „Genderaspekte des Budgets“ ist nun der jeweilige Beitrag des Ressorts zur tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern auszuweisen. Verdeutlicht werden soll, wie sich Veränderungen im Budget im Vergleich zum Vorjahr auf die Gleichstellung auswirken.

Ab 2013 Wirkungsorientierung Zudem tritt ab 1. Jänner 2013 der Grundsatz der Wirkungsorientierung, insbesondere auch unter Berücksichtigung des Ziels der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern, als einer der neuen Grundsätze der Haushaltsführung des Bundes (Art. 51 Abs. 8 B-VG) in Kraft. Mit Einführung der sogenannten wirkungsorientierten Haushaltsführung wird jedes Ressort verpflichtet, im Budget maximal fünf angestrebte Wirkungsziele je Untergliederung zu formulieren. Eines der Wirkungsziele soll dabei aus Gleichstellungszielen abgeleitet werden.¹⁰

Initiativen in Oberösterreich und in Wien Auch auf Länderebene finden sich Ansätze und Pilotprojekte zu Gender Budgeting. Exemplarisch seien hier die Initiative in Oberösterreich und diejenige in Wien genannt. Im Zuge des Projekts „Gender-Budget-Analyse in Oberösterreich“ wurden die Ausgaben der Bereiche Bildung, Gesundheit und Sport des Landesbudgets aus einer Geschlechterperspektive überprüft. Die Pilotstudie umfasste die Erarbeitung eines Katalogs geschlechtsspezifischer Analyse Kriterien, die Klärung der Datengrundlagen und -beschaffung, außerdem eine Analyse des Ist-Zustandes sowie die Ausarbeitung eines Maßnahmenbündels zur Beseitigung beziehungsweise Verringerung bestehender geschlechtsspezifischer Disparitäten.¹¹ In Wien gibt es seit einer Landesregierungsklausur im Jänner 2005 den Beschluss zur Einführung von Gender Budgeting. Im Zuge dessen wurde in der Finanzverwaltung eine Gender-Budgeting-Beauftragte eingesetzt, die gemeinsam mit den BudgetkoordinatorInnen der einzelnen Geschäftsgruppen seit dem Voranschlag 2006 regelmäßig das Wiener Landesbudget um Gender Budgeting ergänzt.¹² Außerdem gibt es auch auf Gemeinde- und Bezirksebene eine Anzahl von Gender-Budgeting-Initiativen mit unterschiedlichen Absichtserklärungen, Konkretisierungsstufen, Vorgehensweisen und Arbeitsfortschritten. Beispiele hierfür wären Tulln¹³ oder Klosterneuburg¹⁴.

Ausblick

Derzeit nur ein Schlagwort? Obgleich Gender Budgeting in Österreich im Bundeshaushaltsrecht und in der Finanzverfassung verankert ist und es nicht zuletzt deshalb seit 2009 „Pflicht“ ist, Geschlechterunterschiede bei der Analyse von Wirkungen staatlicher Maßnahmen zu berücksichtigen, ist Gender Budgeting „derzeit nicht mehr als ein Schlagwort“¹⁵, urteilt WIDE, das Netzwerk „Women in Development Europe“, ein Zusammenschluss entwicklungspolitischer NGOs in Österreich. Gerade die gegenwärtige Wirtschaftskrise scheint eine geeignete Entschuldigung zu sein, um Gleichstellung der Geschlechter hintanzustellen: Gleichstellungsforderungen, wie zum Beispiel nach Gender Budgeting, werden mit dem Verweis auf die Wirtschaftskrise und ihre Kosten abgewehrt. Gleichzeitig werden aber auch die Geschlechtereffekte der Krise ebenso wie die der Konjunkturprogramme und der angekündigten Konsolidierungs- und Sparpolitik weitgehend negiert und verschwiegen.

Gerade jetzt wären aber hinsichtlich der bevorstehenden Budgetkonsolidierung umfassende Gender-Budgeting-Initiativen nötig: Denn es besteht die Gefahr sogenannter „Zweitrundeneffekte“ der Wirtschaftskrise: Kürzungen von öffentlichen Ausgaben und von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen sowie Anstrengungen, den öffentlichen Sektor zu verkleinern – wenn es ums Zurückzahlen von Staatsschulden geht –, werden vor allem Frauen treffen. Insbesondere dann, wenn diese die zunehmend fehlenden sozialen Transfers, Güter und Dienstleistungen durch unbezahlte Arbeit kompensieren müssen. Um bisherige Gleichstellungsbestrebungen im Zuge der Wirtschaftskrise nicht zu konterkarieren, darf Gender Budgeting nicht zu einer inhaltsleeren Strategie werden, sondern muss – eingebettet in eine gleichstellungspolitische Gesamtstrategie – von allen föderalen Ebenen ernst genommen werden.

Gerade in der Krise sind Initiativen wichtig

Katharina Mader, Mag. Dr.

Ökonomin. Projektmitarbeiterin und Lektorin am Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien. Lektorin am Institut für Frauen- und Geschlechterforschung der Johannes-Kepler-Universität Linz. Forschungsschwerpunkte: Feministische und Politische Ökonomie, Gender Budgeting, Care-Ökonomie, Ökonomie des öffentlichen Sektors, Wirtschafts- und Finanzpolitik.

- 1 BEIGEWUM: Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Wien 2002, S. 14.
- 2 International finden sich als Resultat der vielfältigen Wurzeln und Entstehungszusammenhänge oftmals auch die Begriffe „Women's Budgets“, „Gender-Responsive Budgeting“, „Gender-Sensitive Budgeting“ oder im deutschen Sprachgebrauch auch „Geschlechtergerechte Budgetgestaltung“.
- 3 Vgl. Elson, Diane: Gender Budget Initiative. Background Paper. London 1999, S. 17.
- 4 Vgl. Sharp, Rhonda/Broomhill, Ray: Budgeting for Equality: The Australian Experience, in: Feminist Economics 8/1, 2002, S. 25–47, hier S. 32.
- 5 Vgl. Mader, Katharina: Gender Budgeting: Ein emanzipatorisches, finanzpolitisches und demokratiepolitisches Instrument. Theoretische Fundierung und Exemplifizierung am Wiener Budgetprozess. Frankfurt/M.–Wien 2009, S. 19.
- 6 Vgl. Schratzenstaller, Margit/Mayrhuber, Christine/Neumayer, Michaela/Buchinger, Birgit/Gschwandtner, Ulrike: Gender-Budget-Analyse für Oberösterreich. Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung und Solution im Auftrag des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung. 2006, S. 2.
- 7 Vgl. Bellamy, Kate: Gender Budgeting. A Background paper for the Council of Europe's Informal Network of Experts on Gender Budgeting, 2002, S. 4, abrufbar unter <http://www.wbg.org.uk/pdf/Gender%20BudgetsCouncil%20of%20Europe%20Bellamy%20oo3.pdf> (letzter Zugriff 15.7.2010); Elson, Diane: Gender equality, public finance and globalization. Paper for Conference on Egalitarian Development in the Era of Globalization in Honor of Professor Keith Griffin, University of Massachusetts Amherst 2004, S. 2.
- 8 Vgl. BEIGEWUM, Frauen, S. 18f.
- 9 Klatzer, Elisabeth: Geschlechtergerechte Budgetgestaltung – Gender Budgeting in Österreich. Überblick und Ausblick, in: Frauenabteilung der Stadt Wien (Hrsg.): Gender Budgeting 2004. Wege zur geschlechtergerechten Verteilung öffentlicher Güter und Leistungen. Wien 2004, S. 13–34, S. 13.
- 10 Vgl. hierzu die Unterlagen der Interministerielle Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming/Budgeting (IMAG GMB) abrufbar unter <http://www.imag-gendermainstreaming.at/cms/imag/subcoverpage.htm?channel=CH0521> (letzter Zugriff 15.7.2010).
- 11 Mehr dazu in Schratzenstaller/Mayrhuber/Neumayer/Buchinger/Gschwandtner, Gender-Budget-Analyse, S. 38ff.
- 12 Vgl. dazu <http://www.wien.gv.at/finanzen/budget/> (letzter Zugriff 15.7.2010).
- 13 Vgl. hierzu <http://www.waldviertel-management.at/data/media/2121.pdf> und http://www.ooe.gbw.at/uploads/media/genderbudget_web.pdf (letzter Zugriff 15.7.2010).
- 14 Weitere Informationen finden sich unter http://www.institut-sofia.at/downloads/Doku_GenderBudgeting_KIBg.pdf (letzter Zugriff 15.7.2010).
- 15 WIDE Netzwerk Women in Development Europe: Kassasturz. Finanzkrise und Entwicklung aus feministischer Perspektive, 2010, S. 17, abrufbar unter http://www.oneworld.at/wide/2010/WIDE-Positionspapier_Kassasturz-2010.pdf (letzter Zugriff 15.7.2010).

Weiterführende Literatur

Gubitzer, Luise/Neumayr, Michaela/Klatzer, Elisabeth: Gender Budgeting. Anleitung und Beispiele für die Umsetzung in öffentlichen Institutionen, 2008, abrufbar unter http://egbn.eu/pdf/GB_german.pdf (letzter Zugriff 15.7.2010).

Klatzer, Elisabeth/Neumayr, Michaela: Das geschlechtergerechte Gemeindebudget. Ein Leitfaden zur Einführung des Gender Budgeting auf kommunaler Ebene, 2006, abrufbar unter http://noe.gbw.at/uploads/media/genderbudget_web_01.pdf (letzter Zugriff 15.7.2010).



ONLINEVERSION

Ergänzende Informationen zu diesem Artikel finden Sie in der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com

► Arbeitswissen: Was kann Gender Budgeting leisten?